

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

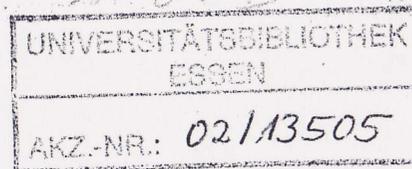
Michael Müller,
Thilo Raufer,
Dariusz Zifonun (Hg.)

Der Sinn der Politik
Kulturwissenschaftliche
Politikanalysen

Die Deutsche Bibliothek –CIP-Einheitsaufnahme

Der Sinn der Politik : Kulturwissenschaftliche Politikanalysen /
hrsg. von Michael Müller, Thilo Raufer u. Dariusz Zifonun. -
Konstanz : UVK-Verl.-Ges., 2002
(Erfahrung – Wissen – Imagination; Bd. 3)
ISBN 3-89669-771-4

ISSN 1619-9464
ISBN 3-89669-771-4



© UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2002
Einbandentwurf: Annette Maucher
Druck: DIP-Digital-Print, Witten

UVK Verlagsgesellschaft mbH
Schützenstr. 24 • D-78462 Konstanz
Tel. 07531-9053-0 • Fax 07531-9053-98
www.uvk.de

UVK Verlagsgesellschaft mbH



Die Wiederentdeckung der Handlungspotentiale

Problemstellungen politischer Soziologie unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung¹

RONALD HITZLER

„Handeln ist möglich und chancenreich.
Das ist großartig naiv“ (Beck 1993: 33).

Die Frage danach, was Politik sei, begleitet das abendländische Denken wenigstens seit Platon und Aristoteles. Kari Palonen (1985) zufolge veränderte sich der Bedeutungshorizont des Begriffs vor allem in Zeiten bzw. Situationen praktischer politischer Krisen – und wirkte sich dann wieder auf das aus, was als ‚das Politische‘ je verstanden wurde (vgl. dazu auch Dörner 1991). In bisherigen modernen Gesellschaften gilt Politik vorzugsweise als ein funktional ausdifferenzierter, institutioneller Bereich, organisiert im wesentlichen als ‚Staat‘. Und politisches Handeln meint dementsprechend vor allem ‚Regieren‘ (wie dieses erfolgreich zu bewerkstelligen ist, läßt sich übrigens nach wie vor am ungeniertesten bei Niccolò Machiavelli (1972) nachlesen). Herrschaft galt also als *Bedingung* politischen Handelns.

Erst Ende des vorigen Jahrhunderts, so Palonen (1985: 35ff.) begann das Nachdenken über Politik als einer *allgemeineren* Handlungsform auch *jenseits* des Staates. Herrschaft erscheint dadurch nicht mehr als Bedingung, sondern als *Produkt* politischen Handelns. Trotzdem ist nicht nur das Alltagsdenken, sondern auch – und mehr noch – die einschlägig spezialisierte Wissenschaft nach wie vor wesentlich auf einen etatistischen Politikbegriff fixiert. Auch dort, wo Politikwissenschaft im Geiste Carl Schmitts steht und damit das Moment der ‚Entscheidung‘ (in Abgrenzung zur ‚Verwaltung‘) zur zentralen Bestimmungskategorie wird, begreift sie das Politische als Voraussetzung zwar, aber doch eben wieder: des Staates (vgl. Schmitt 1963: 20). Selbst Niklas Luhmann (1984: 102) hält die „funktionale Definition der Politik als Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen für das Gesellschaftssystem“ für das in diesem Sinne „einzig solide Angebot“.

¹ Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in der Zeitschrift für Politik, Jg. 47 (2000), H. 2, S. 183-200.

Irritationen – und Neigungen zum Umdenken – stellen sich hier *grosso modo* erst ein, seit von unterschiedlichen Akteuren selber Handlungsweisen als ‚politisch‘ deklariert werden, die sich kaum noch als *im institutionellen Sinne* ‚herrschaftsbezogen‘ interpretieren lassen, die aber gleichwohl (und mitunter nachhaltig) die Entschiedenheit staatlicher Ordnung (verstanden als intendierte Suspension von Entscheidungsbedarf) tangieren: Nicht die (kollektiv bindende) Entscheidung qualifiziert ein Handeln als ‚politisch‘, vielmehr ist das Erkennen von Entscheidungschancen die (notwendige) *Voraussetzung* politischen Handelns.

Wie also insbesondere Kari Palonen (z.B. 1985) gezeigt hat, eignet dem Begriff des politischen Handelns ein weiter, durchaus nicht nur institutionenspezifischer Bedeutungshorizont. Die explizit *nominalistische* Brücke, die Palonen mit seinen Rekonstruktionsarbeiten spannt, nutze ich nunmehr allerdings abweichend von den Intentionen des Autors, der von politischem Handeln erst dann sprechen will, wenn dieser Terminus in der Begriffsgeschichte auftaucht (vgl. auch Palonen 1995). Ich hingegen bestimme im folgenden politisches Handeln anthropologisch bzw. universalhistorisch und phänomenologisch bzw. strukturell – um dann zu zeigen, daß dieses ‚unsichtbare‘ Potential unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung gegenüber tradierten und institutionalisierten Routinevollzügen in mannigfaltigen Formen (wieder-)entdeckt wird, bzw. daß die (Wieder-)Entdeckung dieses Potentials ein wesentlicher Indikator reflexiver Modernisierung ist.²

1. Zu einer dramatologischen Anthropologie politischen Handelns

Ich rekurriere dabei zunächst auf die von Helmuth Plessner (1981b: 195) konstatierte, „in der Grundverfassung des Menschlichen überhaupt entspringende Notwendigkeit, in einer Situation des Für und Wider zu leben und in der Freund-Feind-Relation sich eine Eigenzone gegen eine Fremdzonen abzugrenzen und zu behaupten“. Daß hier Carl Schmitts „Begriff des Politischen“ (Schmitt 1963) Pate gestanden hat und daß die Korrespondenzen im politischen Denken zwischen dem konservativen Staatsrechtler Schmitt und dem liberalen Sozialphilosophen Plessner ohnehin überraschend vielfältig und intensiv sind, darauf haben vor allem Rüdiger Kramme und – mit den ihm eigenen exegetischen Vorbehalten – Manfred Lauerermann hingewiesen.³ Die Differenz zwischen der Schmittschen Bestim-

² Vgl. dazu die Beiträge in Beck/Hajer/Kesselring (1999); vgl. auch Hitzler/Koennen (1994).

³ Vgl. Kramme 1989: z.B. 150; Lauerermann 1989: z.B. 69, vgl. auch 1994.

mung des Politischen und Plessners Variante der Freund-Feind-Relation besteht m.E. aber vor allem darin, daß bei Letzterem die ‚Entscheidung‘ nicht in einem staatlichen, sondern in einem existentiellen Sinne gedacht ist.⁴

Das bedeutet, daß *jedes* handlungsfähige Subjekt *jederzeit* in die Situation kommen kann, ‚politisch‘ zu handeln bzw. ‚politisch‘ handeln zu *müssen*.⁵ Dementsprechend plädiere ich z.B. dafür, die Urszene politischen Handelns noch weiter an den mythologischen Anfang zu rücken, als dies etwa Christian von Krockow tut, der seine ökologisch engagierte Abhandlung über „Politik als menschliche Natur“ (1989) mit dem Brudermord Kains an Abel beginnt – nämlich dorthin, wo die wissende Schlange die neugierige Eva dazu anstiftet, dem naiven Adam den Apfel vom Baum der Erkenntnis zu reichen, um damit die bis anhin alternative Ordnung des allmächtigen (?) Gottes zu destruieren. Diese Auffassung korrespondiert zumindest in dieser Hinsicht übrigens durchaus mit dem Politik-Verständnis von Hannah Arendt (1981), der zufolge ja um so mehr politisch wird, je mehr am (menschlichen) In-der-Welt- und am Mit-Sein mit anderen – von wem auch immer – als *nicht* fraglos vor-, also als *nicht* natur- oder gottgegeben erkannt wird.

Im Anschluß hieran stellt sich dann allerdings wiederum die Frage, wie sich politisches Handeln als eine allgemeinmenschliche (und möglicherweise auch schon vormenschliche) Form sozialen Handelns unter bestimmten, geschichtlich gewordenen gesellschaftlichen Bedingungen zeigt und auf welches ‚existentielle‘ Problem politisches Handeln ‚antwortet‘. Und dazu wiederum läßt sich bereits Niccolò Machiavelli (1972) zu Rate ziehen, als der klassische Theoretiker der spezifischen *Handlungslogik* des Politischen im Hinblick auf eine dramatologische Anthropologie und auf eine anthropologisch interessierte Handlungstheorie.⁶

⁴ Vgl. dazu z.B. Plessner 1981a: 116.

⁵ Dabei weiß, das konstatiere ich hier noch einmal im Anschluß an Schütz/Luckmann (1984: 11) – so wie ein Mensch schlechthin, der handelt, weiß, daß er handelt – auch ein Mensch, der politisch handelt, daß er politisch handelt. (Daraus folgt allerdings nicht zwangsläufig, daß ein Mensch, der sich politisch verhält, weiß, daß er sich politisch verhält. ‚Verhalten‘ stellt eine Beobachterkategorie dar. Und wissenstheoretisch gesehen läßt sich somit ‚bewußtloses‘ Verhalten von bewußtem (was nicht etwa bedeutet: reflektiertem) Verhalten unterscheiden. Nur bewußtes Verhalten, also der beobachtbare Aspekt von Handeln, ist Verhalten, das unter Rekurs auf Wissen stattfindet.) Wissenstheoretisch gesehen ist ‚politisch‘ mithin ein interpretativer Rahmen (im Sinne Goffmans 1977), mit dem Erfahrungen (Vorstellungen und Wahrnehmungen) ein bestimmter Sinn verliehen wird.

⁶ Eine so begriffene dramatologische Anthropologie politischen Handelns ist übrigens nicht zu verwechseln mit ‚politischer Anthropologie‘, sofern damit ethnologische Arbeiten über politische Institutionen, vorwiegend in archaischen und traditionellen Gesellschaften, gemeint sind. Vgl. dazu z.B. Balandier (1976); Seaton/Claessen (1979); Trotha (1994). Sie ist auch nicht identisch mit einer ‚An-

Seine Analysen basieren schon auf der Einsicht, daß es im Zusammenleben (zumindest) zwischen Menschen für das Handeln der Menschen normalerweise viel wichtiger ist, welchen *Eindruck* sie von einer Situation haben, als daß sie in den Stand der ‚Wahrheit‘ kommen darüber, ob nun dieser Eindruck ‚tatsächlich‘ richtig *ist*, oder ob er ‚nur‘ richtig *scheint*. Daraus folgt u.a., daß Inszenierung und Dramatisierung sowohl des politischen Akteurs als auch ihm je relevanter Themen essentielle Elemente (macht-)politischen Handelns schlechthin sind.

Der Frage nach einer in mannigfaltigen Formen sich konkretisierenden und spezifizierenden Idee politischen Handelns liegt also ein sozusagen *dramatologisches* Grundverständnis des (menschlichen) Soziallebens zugrunde, das an heterogenen Phänomenen des ‚Politischen‘, besonders augenfällig aber eben an Selbstdarstellungsritualen politischer Akteure, eingelöst werden kann.⁷

Prämisse der hier von mir vertretenen *dramatologischen* Sichtweise der Gesellschaftlichkeit des Menschen, einer sozialwissenschaftlichen Perspektive also, die versucht, den Prinzipien des Miteinander-Lebens dadurch auf die Spur zu kommen, daß sie dieses als einen ständigen Strom wechselseitiger Inszenierungen begreift, ist ja der Verdacht, daß alle Welt schauspielert (vgl. dazu auch – mit einer stärker kulturalistischen Argumentation – Lipp 1994). Interaktionsordnungen werden unter dieser Perspektive begriffen als prinzipielle Bewältigungsprobleme für den einzelnen Teilnehmer. D.h., Akteure müssen ständig Situationen interpretieren, Handlungsalternativen selektieren und Deutungsschemata applizieren. Daß sie dies zumeist völlig routinisiert tun, ändert nichts daran, daß sie gar nicht umhin können, unentwegt die Handlungssedimente und Handlungsmöglichkeiten anderer berücksichtigend, also sozusagen ‚strategisch-taktisch‘ zu agieren, denn „Machtverhältnisse sind nicht sozialen Verhältnissen bestimmter Art vorbehalten, sondern können sich in jeder Situation bilden und ihr damit einen ‚politischen‘ Charakter verleihen“ (Plessner 1981c: 276): „Es gibt Politik zwischen Mann und Frau, Herrschaft und Dienstboten, Lehrer und Schüler, Arzt und Patient, Künstler und Auftraggeber und welche privaten Beziehungen wir wollen, wie es im Öffentlichen eine Rechts-, Wirtschafts-, Kultur- und Religionspolitik, eine Sozialpolitik neben der eigentlichen Staats- und Parteienpolitik gibt“ (Plessner 1981b: 194f).

thropologie des Politischen‘, wie sie etwa von Carl Schmitt angelegt aber laut Rüdiger Kramme (1989) nicht ausgeführt worden ist. Aber eine dramatologische Anthropologie politischen Handelns stützt sich in ihrer Entwicklung natürlich auf solche Fundamente.

⁷ Vgl. dazu auch Soeffner 1992, 1997a und 1997b; sowie Käsler: z.B. 1991.

2. Zu einer phänomenologischen Handlungstheorie des Politischen

Macht ist also, wie versteckt auch immer, jeder sozialen Beziehung mitgegeben. Und damit bekommen eben die existentiellen Fragen des ‚Goffmenschen‘ – „Was kommt denn nun wieder auf mich zu? Was ist hier eigentlich wieder los? Was mach ich da jetzt wieder draus?“ (vgl. dazu Hitzler 1992) – für den sozial agierenden ‚Jedermann‘ einen die (unterstellten) Intentionen, Erwartungen und Verhaltensweisen eines anderen einschließenden – und diese tunlichst zu berücksichtigenden – Gehalt. Diese, gewissermaßen bei der Problemstellung erfolgsorientierter Selbstpräsentation, d.h. einer Selbstpräsentation im Hinblick auf die Verwirklichung eigener gegenüber anderen Interessen *beginnende*, Handlungsform kann man auch als ‚*quasipolitisch*‘ bezeichnen (vgl. dazu im einzelnen Hitzler 1997a).

Wesentlich dabei ist, daß es schon bei solchem *im weitesten Sinne* ‚politisch‘ zu nennenden Handeln nicht um die Konstellation von Akteur und Welt, sondern um ein Verhältnis zwischen Akteuren geht. Und auch solche Quasipolitik funktioniert im wesentlichen nach dem – sozusagen banalisierten – Schmittschen Freund-Feind-Prinzip. D.h., Macht ist relational. Das betont etwa auch Günter Dux. Ihm zufolge ist Macht „immer das, was durch die Akteure in den Bezügen *zu anderen* ausgeübt wird“ (1992: 154), ein Merkmal also der Beziehung zwischen Akteuren. Und Macht ist kein statisches, sondern ein prozeßhaftes Phänomen. Sie wird interaktiv hergestellt bzw. aufrechterhalten.⁸

Zu fragen ist deshalb, welche *Grundkonstellation* in diesem ‚Kampf um Macht‘ eigentlich (essentiell) gegeben sein muß, damit er zu einem politischen Handeln im Sinne einer *spezifischen* Form sozialen Handelns wird. Nun, gegeben sein muß m.E. das, was man eine *protopolitische Konstellation* nennen könnte: Ein (mithin *erfolgsorientierter*) Akteur bzw. eine Akteursgruppierung versucht, die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen dazu, seinen bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. einer Dritten durchzusetzen (vgl. dazu nochmals Hitzler 1997a).

Erfolgsorientiertes Handeln in einer protopolitischen Konstellation, bzw. verkürzt ausgedrückt: protopolitisches Handeln hat notwendigerweise einen Macht-Aspekt (es geht um Durchsetzung von Interessen gegenüber Alternativen), es hat notwendigerweise einen strategischen Aspekt

⁸ Dabei muß sich Macht keineswegs immer in Antagonismen und Konflikten manifestieren. In nichtkonfligierenden Beziehungen muß der Machtaspekt aber in der Regel erst ‚zu Tage gefördert‘ werden. Vgl. dazu z.B. aus dem Forschungsfeld der ‚Gender Studies‘ Günthner/Kotthoff (1991); Goody (1991); hierzu auch Goffman (1981; 1994: 105-158).

(es geht um technisch richtige, d.h. erfolgversprechende Entwürfe und Durchführungen), und es hat notwendigerweise auch einen dramaturgischen Aspekt (es geht um Herstellung von ‚Öffentlichkeit‘ im Sinne des Ensemble-Publikum-Verhältnisses – vgl. dazu auch Gerhards/Neidhardt 1990). Somit erscheint diese Figur des protopolitischen als einem Handeln, das seinem Entwurf nach darauf abzielt, die Zustimmung eines Zweiten zu erlangen dazu, seinen Willen (auch) gegen das Widerstreben eines Dritten durchzusetzen, – eben dadurch, daß dabei ein *Dritter* mitberücksichtigt wird – als ein wesentliches *Strukturelement* zur Bestimmung politischen Handelns gegenüber ‚nur‘ quasi-politischen Handlungsformen.⁹

Politisch im *engeren*, operationalisierbaren Sinn wird ein protopolitisches Handeln durch eine *zweite* Zielsetzung, die die erste, nämlich die Zustimmung eines Zweiten zu erlangen dazu, seinen Willen gegen das Widerstreben eines Dritten durchzusetzen, in einer bestimmten Art und Weise *qualifiziert*. Diese zweite Zielsetzung richtet sich „auf die Herstellung, Gestaltung und Durchsetzung *allgemeiner Verbindlichkeit*“ (Patzelt 1987: 235), und zwar in dem trivialen Sinne, daß für alle, denen gegenüber irgendetwas unter Zustimmung von wem auch immer irgendwie durchgesetzt wird, das, was ihnen gegenüber durchgesetzt wird, *vorläufig, längerfristig oder grundsätzlich* verbindlich ist.

„Allgemeine Verbindlichkeit“ in diesem Verstande ist natürlich ein Wissensphänomen, eine sozial glaubhaft gemachte Fiktion. Sie stabilisiert sich *qua* Zustimmung und Einverständnis. Daraus folgt, daß sich diese allgemeine Verbindlichkeit weder auf den erfolgsorientierten, also den eigentlich *politischen* Akteur selber beziehen muß, noch auf den, dessen Zustimmung angestrebt wird. Im Gegenteil, gerade normen-*verletzendes* Handeln, insbesondere wenn es von Dritten akzeptiert und gegenüber anderen kaschiert wird, erhöht die Chancen, Macht „als eine zwar normschaffende, selbst aber normlose Größe“ (Plessner 1981c: 273f.) zu erlangen und zu erhalten dazu, Normen *für diese anderen* (verbindlich) zu setzen. Allerdings: „Nicht durch Außerachtlassen bzw. Verletzen

⁹ Weitere Akteure übrigens verändern diese einfachste protopolitische Konstellation nicht strukturell, insbesondere dann nicht, wenn und insoweit sie sich den bereits bestehenden ‚Parteien‘ zuordnen lassen. Komplexer wird die Situation v.a. durch das Hinzutreten weiterer ‚Parteien‘ (z.B. A zielt darauf ab, die Zustimmung von B zu erlangen dazu, die Interessen von D gegenüber C durchzusetzen, um dadurch die Zustimmung von D zu erlangen, seine eigenen Interessen gegenüber E durchzusetzen, usw.). Doch auch solche Formationen lassen sich auflösen in (prinzipiell unendlich) miteinander verknüpfte, formale Drei-Parteien-Konstellationen: „Es erübrigt sich fast, besonders darauf hinzuweisen, daß konkrete Erfahrungen in der Analyse entweder auf ihre formalen Eigenschaften ‚reduziert‘ oder als komplexes soziokulturelles Phänomen behandelt werden können“ (Luckmann 1980: 59).

schlechthin, sondern erst durch ein ganz spezifisches, gewissermaßen ‚zweckrationales‘ Außerachtlassen und Verletzen der sozialen Normen, werden die sozialen Erfolgchancen im günstigen Sinne beeinflusst“ (Ichheiser 1970: 24; vgl. dazu z.B. auch Popitz 1986; Claessens 1989). D.h., gerade daraus, daß der, der *nicht* politisch handelt, typischerweise davon auszugehen scheint, daß alle anderen Akteure von ihm erwarten, daß er sich normenkonform verhält – so wie *er* typischerweise erwartet (und moralisch fordert), daß auch jeder andere normenkonform agiert – ergibt sich für den *politisch* Handelnden die Chance, diesen Erwartungen im Hinblick auf seine Interessen im Zweifelsfalls *nicht* zu entsprechen und eben daraus entsprechende Vorteile zu ziehen.¹⁰

Politisches Handeln schlechthin, worauf auch immer seine praktischen Konkretionen sich thematisch beziehen, ist folglich (jedenfalls in einem weiten Sinne) herrschaftsinteressiertes Handeln: Ein Handeln eben, das darauf abzielt, wie auch immer und von wem auch immer Zustimmung zu erlangen dazu, seinen eigenen Willen wemgegenüber auch immer als allgemeinverbindlich durchzusetzen. D.h., wer immer versucht, auf die Verbindlichkeit der Ordnung des Zusammenlebens von wem auch immer wie auch immer Einfluß zu nehmen, handelt demnach politisch. Im Mittelpunkt des analytischen Interesses steht dabei folglich weniger *der* Handelnde, der sich relativ interesselos durch soziale Situationen ‚durchwurstelt‘, als *der*, der sich über sie Gedanken macht, der daran interessiert ist, sie in seinem Sinne zu *definieren*.

3. Zur Strukturkrise institutionalisierter Politik

Unter der damit hier von mir vertretenen Perspektive erscheinen *jene* Handelnden, die ‚Politik als Beruf‘ (Weber 1980) betreiben, einerseits als – mehr oder weniger erfolgreiche – Applikateure, als (strategische) Nutzer kommunikativer, insbesondere sprachlicher Zeichen- und Symbolrepertoires und medialer Ressourcen, andererseits als (habituelle) Träger von Zeichen und Symbolen, ja als Verkörperungen politischer Ideen.

¹⁰ Strukturell gesehen geht es bei politischem Handeln folglich um die Erlangung und Sicherung von Definitionschancen im Sinne des Thomas-Theorems. Ob diese Definitionschancen absichtsvoll oder beiläufig, überlegt oder unversehens, vordergründig oder hinterhältig, konsensuell oder antagonistisch, legitimerweise oder usurpatorisch, mit moralisch ‚guten‘ oder ‚verwerflichen‘ Gründen genutzt werden, ist dabei unerheblich. Erheblich ist hingegen, daß das Definieren einer Situation notwendigerweise ein soziales Handeln (im Sinne von Schütz/Luckmann 1984) ist, wie routiniert und schematisiert, wie selbstverständlich und fraglos dieses Handeln auch vollzogen werden mag.

D.h., daß interessanterweise selbst eine hohe aber rein *technisch* orientierte schauspielerische bzw. mediale Kompetenz *allein* typischerweise *nicht* ausreicht, um sich hinlänglich erfolgreich als legitimer Vertreter des politischen Systems auszuweisen. Politik, und damit auch der einzelne Politiker, muß vielmehr etwas mit-repräsentieren, was nur in und über Politik einen Ausdruck zu finden vermag: die Idee des Gemeinwesens bzw. genauer: eine (zumindest) von einer bestimmten ‚Klientel‘ akzeptierte und verlangte Idee des Gemeinwesens. Mit anderen Worten: Er muß geltend machen (können), daß er das repräsentiert, was der, der ihn wählt, als Gemeinwesen-relevant ansieht. Dramatologisch betrachtet gilt es für den Politiker also weniger, ein solches Motiv *tatsächlich* zu haben bzw. eine solche Idee *tatsächlich* zu verfolgen, als vielmehr, möglichst glaubhaft zu machen (glaubhaft jedenfalls für eine bestimmte ‚Klientel‘), daß sie das eigene (politische) Wollen leitet.

Daß dies – also den Eindruck von Kompetenz für die Belange des Gemeinwesens in als schwierig angesehenen Zeiten zu vermitteln – gegenwärtig dem Gros des politischen Personals jedoch kaum noch gelingt, zeigt das seit Längerem die ‚öffentliche Meinung‘ beherrschende Urteil, die etablierte Politik sei angesichts des Umbaus und der Neuorientierung der Gesellschaft programmatisch konzeptions- und ideologisch einfallslos, und die gewählten Politiker zeichneten sich vor allem durch persönliche bzw. lobbyistische Begehrlichkeit aus.¹¹

Das hängt u.a. auch damit zusammen, daß, „von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen“, „der Berufspolitiker gerade nicht ein Berufstätiger im Sinne technischer Kompetenz“ ist (Flores d’Arcais 1993: 9). Und mithin wird die Situation, ohne subjektiv hinlänglich zufriedenstellende Informationen zu Entscheidungen gezwungen zu sein, die in der Alltagswahrnehmung den Ausnahmefall (eine Krise) darstellt, im politischen ‚Betrieb‘ zum Normalfall: auch die Entscheidung, sich nicht zu entscheiden, ist eine Entscheidung (vgl. Luhmann 1987: 79). Für jeden Typ politischer Entscheidungen gibt es Spezialisten, die über mehr oder minder schematisierte Lösungstypen für (auch) politisch virulente Probleme verfügen. Der Politiker ist zunehmend darauf angewiesen, auf der Basis dieser – durchaus divergierenden, ja zum Teil antagonistischen – Antworten, jedoch ohne (adäquaten) eigenen Sachverstand, Entscheidungen über anstehende oder von ihm ‚ins Spiel gebrachte‘ Fragen zu treffen und diese Entscheidungen gegebenenfalls im Gesetzgebungsprozeß (mit) umzusetzen (vgl. dazu auch Nedelmann 1990).

Dieser strukturelle Dilettantismus des Berufspolitikers, sein – jedenfalls in Relation zum jeweiligen professionellen Spezialisten – beschränkter Sachverstand hie und die ihm attestierte mangelnde Repräsentanz des

¹¹ Vgl. z.B. Scheuch/Scheuch 1992; Arnim 1993.

Gemeinwesens bzw. die mangelnde Kompetenz zur Durch- und Umsetzung von als gemeinwesenpositiv angesehenen Zielen da, befördert nachhaltig die Verlagerung politischer bzw. politisch virulenter Entscheidungen vom Teilsystem der Politik in andere ‚Areale‘ und ‚Arenen‘ der Gesellschaft: „Das Volk steigt aus“ (Luhmann 1993).

Die spezifische *Handlungsform* des ‚Politischen‘ aber löst sich dabei und deswegen keineswegs auf, sondern diffundiert vielmehr und expandiert (wieder) in die vor- und nichtstaatlichen Relevanzsysteme und Vollzugswirklichkeiten von ‚Jedermann‘ (und selbstredend auch ‚jeder Frau‘) hinein: in die Zuständigkeitsbereiche von Experten auf der einen und in die Selbstgestaltungsräume gewöhnlicher Bürger auf der anderen Seite. D.h., zum einen z.B. politisieren sich insbesondere Expertenschichten – und zwar sowohl mit professionellen Eigeninteressen als auch als ‚Interessenvertretung‘ von sozialen Bewegungen – in Opposition zum politischen System hie und zu professionskritischen Interessenkonstellationen von Laien da (vgl. dazu die Beiträge in Corsten 1998). Zum anderen wird aber auch – und vor allem – ‚das Private‘ politisiert. D.h. das je eigene Leben wird zunehmend als gestaltungsfähig und gestaltungsbedürftig nicht mehr ‚jenseits‘ öffentlicher Interessen begriffen, sondern es wird selber zum Mittel *und* zum Ziel politischen Handelns.¹²

4. Zur Neubestimmung politischer Soziologie unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung

Die zunehmende soziale Wahrnehmung von – zwar oft anders etikettiertem – gleichwohl in diesem analytischen Verstande von institutionellen Ein-Bindungen ‚freigesetztem‘ politischem Handeln, sein Wieder(er)finden in und für prinzipiell alle, auch bislang als vermeintlich unpolitisch geltende Kontexte, begreife ich hier nun als Folge, Begleiterscheinung und Indikator zugleich für jenen grundlegenden sozialen Wandel, den insbesondere Ulrich Beck, Anthony Giddens und Scott Lash (1995) – aber in verschiedenen Kontexten auch Hermann Schwengel (z.B. 1994) – als ‚reflexive Modernisierung‘ etikettiert haben.

Dazu bedarf es wohl zunächst einer kurzen Repetition zumindest dessen, was Ulrich Beck im Kern mit diesem Begriff konnotiert: Es geht ihm dabei im Prinzip um eine Entfaltung und Ausformulierung seines –

¹² Damit sind nun keineswegs sich ausschließende Alternativen politischen Handelns gemeint, sondern ineinander verwobene Politisierungseffekte jenseits des politischen Systems – weil in einer „Multioptionsgesellschaft“ (Gross 1994) eben „alle Bereiche des Alltags Entscheidungssituationen hervorbringen, bei denen in vielen Fällen auf die eine oder andere Form von Expertenwissen zurückgegriffen werden muß“ (Giddens 1993: 460).

wesentlich aus der Tradition der Industriegesellschaft entwickelten – Analyse-Konzeptes der ‚Risikogesellschaft‘ zu einer allgemeinen Sozialtheorie – unter verstärkter Berücksichtigung vor allem kultureller und eben *politischer* Aspekte. Die die ‚Risikogesellschaft‘ prägende Ambivalenz zwischen einer ihren selbsterzeugten Risiken sozusagen ‚bewußtlos‘, zumindest weitgehend unwissend *erliegenden* Industriegesellschaft und einer diese Risiken erkennenden, diskutierenden und abwägenden, mithin also zumindest in Ansätzen bereits wieder *bewältigenden* Globalkultur, diese Ambivalenz wird nun mit einem höheren Generalisierungsanspruch wieder aufgenommen: Die Spät- und Nebenfolgen dessen, was wir auf ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern bislang so erfolgreich vorangetrieben haben, beginnen, so die Diagnose, die Voraussetzungen und Grundlagen des modernen Lebens selber zu unterminieren. Die Institutionen bzw. deren Verwalter sehen diese Entwicklung entweder nicht, oder sie reagieren mit der Fortschreibung tradiert, dieser Entwicklung gegenüber jedoch inadäquater Steuerungs-Instrumente und Problemlösungs-Konzepte (also sozusagen reflexartig).

Jenseits institutioneller Routinen aber beginnen die Individuen allenthalben, allein oder in Gruppierungen, Differenzen zwischen Unabdingbarem und Verzichtbarem, zwischen Fixem und Variablem, zwischen ‚den Sachen selbst‘ und ihren vermeintlichen Zwängen zu sehen und sich nicht nur mit den Krisen der Moderne, sondern auch mit der Frage der Revidierbarkeit ihrer Erfolgsgeschichte auseinanderzusetzen. Solche ‚reflexiven Modernisierer‘ sind in einem sehr konkreten Sinne *radikal*: sie verweisen die Frage, wie es weitergehen soll und weitergehen kann, zurück an die ‚logischen Wurzeln‘ der Moderne selber und treiben mit dieser ‚zweiten Aufklärung‘, dieser sozialen Selbst-Aufklärung, die bislang weitgehend unerkannten, persistenten Schein-Fatalismen der Moderne hervor. Diese ‚Entzauberung‘ des Banalen, diese erneute ‚Vertreibung aus dem Paradies‘ zwingt die somit aus ihrer selbst auferlegten Unmündigkeit entlassenen Akteure zunächst zu der Wahr-Nehmung, daß Entscheidungen nicht deshalb keine sind, weil man sie als solche nicht wahrnimmt, und im weiteren zur Wahr-Nehmung all dessen, was daraus folgt: zur Wahrnehmung des Ende des sozialen Determinismus und der verantwortungsentlastenden Chance, sich auf *sachliche* Gründe ausgeübter, fortgeschriebener und hingenommener Zwänge – seien sie nun technisch, sozial oder auch naturalistisch (‚ökologisch‘) begründet – zu berufen. Damit gleitet, so Beck (1993: 197), „eine zumindest im Kopf fatalistische Moderne [...] hinüber in eine *politische* Moderne, in der Konstanten verschoben, umgebaut und ausgewechselt werden“.¹³

¹³ Anders ausgedrückt: Da der Modernisierungsprozeß selber seine frühen industriegesellschaftlichen Grundlagen entwertet (hat), bedarf es in allen gesellschaftlichen

D.h., Politische Soziologie unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung hat *zugleich* eine (vorläufige) Tendenz zur ‚Entpolitisierung‘ des Handelns im traditionellen politischen System *und* eine Tendenz zur ‚Politisierung‘ des Handelns im Bereich des traditionell ‚privaten‘ Lebens zu gewärtigen. Die dabei (wieder-)entdeckten bzw. (wieder-)zuentdeckenden Handlungspotentiale beziehen sich mithin *sowohl* auf eine modernisierte, vor allem auf Popularität, auf Öffentlichkeitswirksamkeit abzielende Form des Betreibens von „Politik als Beruf“ (Weber 1980) unter den Bedingungen massenmedialer (Selbst-)Inszenierungschancen und -zwänge *als auch* auf die Verbreitung und Veralltäglichen von – im engeren und im weiteren Sinne – politischen Intentionen und Strategien unter ‚Nichtpolitikern‘ in einer sich strukturell wandelnden Gesellschaft.

Anders ausgedrückt: Während in der politikwissenschaftlich dominierten politischen Soziologie – vor allem im deutschsprachigen Raum – institutionelle oder zumindest institutionell affizierte Politik und politisches Handeln immer wieder nahezu synonym gesetzt werden (vgl. dazu auch Nedelmann 1994) und partei- und verbandspolitische Interessen und administrative Funktionen sowie die akademische, publizistische und von diversen sozialen Bewegungen getragene Kritik daran häufig im Vordergrund einschlägiger professioneller Aufmerksamkeit stehen, während politisches Handeln in dieser hegemonialen Perspektive also nicht selten reduziert erscheint auf Routinevollzüge im Rahmen institutioneller Generalregelungen, hat eine politische Soziologie – *zumindest* – unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung das Phänomen ‚politisches Handeln‘ (wieder) als eine – spezifische – Form von wirklichkeitskonstitutivem sozialem Handeln schlechthin zu begreifen.¹⁴ Denn in dem Maße sozusagen, in dem Menschen auch ihre routinierten Alltagsbelange nicht (mehr) als fraglos gegeben und mehr oder weniger alternativlos vor-

Handlungsfeldern – von der Familie über die Wirtschaft bis zur Politik – neuer gestalterischer Ideen und Initiativen, um diese demokratische Industriegesellschaft den von ihr selbst geschaffenen historischen Voraussetzungen wieder anzupassen. Vgl. nochmals die Beiträge in Beck/Hajer/Kesselring (1999).

¹⁴ Vgl. Hitzler 1999 – Dabei läßt sich an einzelne unter dem Stichwort ‚Politische Soziologie‘ vorgeschlagene Definitionen durchaus anschließen. Otto Stammer (1972: 627) zufolge etwa ist Politik als „ein soziales Handeln (zu) begreifen, das sich auf Machterwerb und Machtgebrauch richtet, um bestimmte Interessen und Ziele von Einzelnen und Gruppen in geschichtlich-gesellschaftlichen Situationen im öffentlichen Bereich gegen den Willen und die Zielsetzungen anderer Personen und Gruppen im Kampfe oder mit Hilfe von Vereinbarungen durchzusetzen“. Und Kurt Lenk z.B. begreift politisches Handeln als „ein gesellschaftsbeeinflussendes soziales Handeln“ (1982: 19), das sich dadurch auszeichne, daß es ein reflektiertes und geplantes, öffentlichkeitsorientiertes, praxisbezogenes, an Veränderung oder Stabilisierung bestehender Verhältnisse interessiertes, erfolgsgerichtetes Handeln sei.

geordnet ansehen, sondern als entscheidbar begreifen, politisieren sie eben dadurch diesen ihren Alltag- und irritieren den Ordnungsanspruch der hierauf spezialisierten Institutionen (vgl. Hitzler 1997b).

Im Zuge des damit einhergehenden Macht- und Funktionsverlustes des Staates stehen denn auch die Regeln des Zusammenlebens der Menschen selber (wieder) zur Disposition. Oder mit den Worten von Thomas Meyer (1994: 221) gesagt: „Das Politische als Entscheidungsmaterie scheint sich immerfort auszuweiten, während das Politische als Entscheidungsverfahren seine Grenze offenbar seit langem erreicht hat“. Die auch von mir favorisierte Neubestimmung des Politischen ist also eine Reaktion auf die Veränderung der sozialen Rahmenbedingungen, unter denen wir leben, eine Reaktion auf grundlegende Veränderungen des, wie Jürgen Habermas sagt, ‚unvollendeten Projekts der Moderne‘ selber: In dem Maße nämlich, in dem die Moderne nicht mehr vor der Folie traditional organisierter Gesellschaften erscheint, sondern mit sich selber, mit ihren eigenen Voraussetzungen, ihrer eigenen Genese und ihren eigenen Grundlagen konfrontiert, also in der Terminologie von Beck, Giddens und Lash (1995) ‚reflexiv‘ wird, wird sie ‚entfataleisiert‘, wird sie selber und wird ihr institutionell-organisatorisches Gefüge als (historische) Option, als entscheidungsabhängig erkennbar – und damit insgesamt und in allen einzelnen Elementen zu einem jedenfalls potentiellen Gegenstand politischen Handelns.

5. Zur Idee der Subpolitik(en)

Ulrich Beck nähert sich diesem Um- und Zustand bekanntlich mit dem Begriff der *Subpolitik* bzw. der Subpolitiken: Diese Idee basiert auf der Feststellung, daß unsere überkommene institutionelle Ordnung erodiert und daß insbesondere das politische System gravierende Funktionsverluste erlitten hat und erleidet. Das dabei deutlich zutage tretende Dilemma der sogenannten ‚politischen Klasse‘¹⁵ besteht somit darin, daß sie sich öffentlich über den Anspruch legitimiert, in dem von ihr ‚betrie-benen‘ politischen System gesellschaftlich produzierte Konflikte und Widersprüche (letztinstanzlich) aufheben bzw. beseitigen zu können, daß sie aber faktisch allenfalls (mehr oder weniger geeignete) Mittel bereitstellen kann, um diese zu ‚organisieren‘. D.h. die ‚offizielle‘ Politik hat sich immer stärker „auf die Legitimation von Folgen spezialisiert, die sie weder verursacht hat, noch wirklich vermeiden kann“ (Beck 1986: 343).

Dementsprechend verhält sich, Beck (1988: 154) zufolge, die *offizielle* Anerkennung von Problemen als Probleme auch reziprok proportional

¹⁵ Vgl. Leif/Légrand/Klein 1992 und Beyme 1993.

zu deren Reichweite und Unbeherrschbarkeit.¹⁶ Dadurch geraten die tradierten repräsentativdemokratischen Inszenierungsroutinen in eine andauernde und tendenziell anwachsende Glaubwürdigkeitskrise. Infolge der dabei augenfällig werdenden Steuerungsprobleme erodiert somit das Funktionssystem der Politik gegenwärtig gewissermaßen, denn wir bewegen uns allmählich und (anscheinend) unaufhaltsam auf eine Form des gesellschaftlichen Lebens zu, in der der Leviathan – der ordnende und sichernde Staat (Hobbes 1976) – zwar nicht verschwindet, in der er aber seiner Regelungs-, Ordnungs- und Sicherungsgewalt verlustig geht.¹⁷ Denn aufgrund der komplexen sozialen Strukturen und Verhältnisse kann niemand mehr ‚alles‘ planen, und niemand vermag mehr ‚für alles‘ verantwortlich zu zeichnen, insbesondere deshalb, weil die institutionalisierten Zuständigkeiten an kurz-, allenfalls an mittelfristige Zwecke gebunden sind und in Konkurrenz zu anderen, ebenso eingeschränkten Zieldefinitionen stehen.

Folglich sieht Beck eben – nicht unähnlich übrigens Helmuth Plessners Überlegungen zur „Emanzipation der Macht“ (1981c) vom Machthaber bzw. vom Staat – *jenseits* der in den einschlägig legalisierten Institutionen tradierten Strukturen und Konventionen, vereinfacht gesagt also: jenseits des politischen Systems Chancen für eine „Renaissance“ (Beck 1992) bzw. (Wieder-)„Erfindung des Politischen“ (Beck 1993). Die plausibelste Chance auf ein (weiterhin oder wieder?) geregeltes Gemeinwesen liegt ihm zufolge deshalb in dem, was er „Strukturdemokratisierung“ nennt (Beck 1986: 368ff.), also in der institutionalisierten Ausweitung und Verstärkung der Einflußmöglichkeiten und Eingriffschancen individueller und kollektiver Akteure „außerhalb des politischen oder korporatistischen Systems“ (Beck 1993: 162), die allerdings zu ihrer argumentativen Unterstützung „einer sie bedienenden Wissenschaft (bedürfen), um lange verschwiegene Fragen gegen Widerstände zu stellen und wachzuhalten“ (Beck 1991: 27) und in der Folge die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse neu zu gestalten (vgl. dazu auch Hitzler 1995).

¹⁶ Das heißt z.B., daß alle (wissenschaftlichen und politischen) Experten – sozusagen ihrer jeweiligen ‚Professionslogik‘ folgend – immer gerade die Aspekte eines Problems als besonders bedrohlich darstellen, zu denen sie auch Verhinderungs- bzw. Lösungsvorschläge anbieten können, während sie dazu neigen, jene Aspekte, die sich ihren Steuerungsmöglichkeiten entziehen, herunterzuspielen. Vgl. dazu Pfadenhauer (1998).

¹⁷ Das ist kein geradliniger und allenthalben augenfälliger Prozeß, sondern eine ganz allmähliche, nachgerade tektonische Verschiebung – mit Einbrüchen und Eruptionen hie und mit Sprüngen da, aber auch mit Phasen des Stillstandes, ja der scheinbaren Rückläufigkeit.

Somit entwickeln sich, sozusagen unterhalb und quer – und nicht notwendig kontrovers, sondern eher distanziert – zum traditionellen politischen System, zwar nicht erst heute, aber heute besonders nachdrücklich, *Subpolitiken*. Solche – das (bisher funktional ausdifferenzierte) Politische‘ aufspirenden – Subpolitiken können allerorten im sozialen Raum entstehen, z.B. in der Wirtschaft, der Rechtssprechung, der Medienöffentlichkeit, der bürgerlichen Privatheit, in Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen, usw.¹⁸

Das Grundeinverständnis mit immer mehr bislang fraglos anerkannten Institutionen wird dabei *vieleorts* (und immer häufiger an ganz unermuteten Stellen) aufgekündigt. Und es liegt auf der Hand, daß gerade das durch die Bildungsexpansion produzierte Reservoir ‚überschüssiger‘ Experten, das nicht mehr in den Institutionen unterkommt, zu jenem Potential institutionenkritischer Gegen-Experten wird bzw. bereits geworden ist, welches diese Kündigung tradierter Grundkonsense zumindest noch vorantreibt und verschärft. Anders ausgedrückt: Die soziale Gestaltungsmacht verlagert sich vom politischen System auf die Kontroversen zwischen je thematisch interessierten Akteurskonstellationen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Feldern.

Die Entfaltung solcherart, nach Becks Hoffnung wesentlich *demokratischer*, Subpolitiken resultiert also aus der zunehmenden gesellschaftlichen Sensibilisierung für das Mißverhältnis von dringlichem Steuerungsbedarf und mangelnder Lösungskompetenz seitens der tradierten politischen Institutionen. Deren (neue) Rolle soll deshalb im wesentlichen darin bestehen, den in Gang gekommenen sozialen Wandel zu verwalten. Damit redet Beck nun zwar einer Entmonopolisierung des Politischen das Wort. Allerdings bedeutet dieser Diffusionsprozeß ihm zufolge (1991: 22) *nicht*, „daß kollektives Handeln in den Arenen der Politik überflüssig würde. Im Gegenteil: Die Veränderung der Zurechnungsregeln bedarf der Sanktionsgewalt der *großen* Politik“. Und oft geht es einfach darum, „die Mühlen staatlicher Bürokratien in Gang“ zu setzen (Beck 1988: 161). Das heißt m.E., und darauf hat jüngst auch Thomas Meyer (1994: 250) hingewiesen, daß im Konzept der Subpolitik in der bisherigen Form diese tatsächlich mehr oder weniger darauf beschränkt ist, soziale Innovationen eben *unterhalb* der institutionalisierten politischen Entscheidungsebenen zu installieren.

¹⁸ Zu ‚frauenbewegten‘ berufspolitischen Aktivitäten in diesem Sinne vgl. Pfadenhauer (1995).

6. Zur Idee der Zivilgesellschaft und der *life politics*

In mancher Hinsicht zeigt die Becksche Konzeption Ähnlichkeiten mit der aktuellen Debatte um die sogenannte Zivilgesellschaft, die ja ebenfalls explizit und wesentlich auf der Diagnose gravierender Steuerungs- und Legitimationsprobleme des tradierten politischen Systems basiert. ‚Zivilgesellschaft‘ gilt dabei, so Helmut Dubiel (1994: 101), als Sammelbegriff für „alle nichtstaatlichen Formen kollektiven Handelns“, die darauf abzielen, gegenüber der staatlichen Kontrolle des sozialen Lebens Freiräume bürgerlicher Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu schaffen bzw. wiederzugewinnen. Zivilgesellschaftliche Akteure agieren symptomatischerweise in öffentlichen Foren und Arenen, um den problematisch gewordenen bzw. dabei problematisierten Vollzug institutioneller Politik vermittelt alternativer Situationsdeutungen und Lösungsvorschläge sozusagen ‚intermediär‘ zu beeinflussen. Die vielgestaltigen, auch ideologisch heterogenen, zivilgesellschaftlichen Aktivitäten stellen dem Selbstverständnis ihrer Protagonisten nach also dezidiert konkurrierende Ordnungskonzepte bereit. Gleichwohl bleiben auch sie – ähnlich wie die Beckschen Subpolitik-Akteure – in ihrem Politikverständnis – und sei es ex negativo – auf das staatlich-administrative ‚System‘ bezogen: diesem sollen dauerhaft andere Formen der Regelung des gesellschaftlichen Miteinanders gegenüber – und zur Seite gestellt werden.¹⁹

In der Terminologie von Anthony Giddens (1991) geht es hierbei denn auch nach wie vor vor allem um das, was er – sozusagen vor-reflexive – ‚*emancipatory politics*‘ nennt: ‚*Emancipatory politics*‘ zielt darauf ab, zum einen historisch überkommene Beschränkungen und Zwänge des sozialen Lebens (v.a. religiöse und sittliche Traditionen) aufzuheben bzw. zu verringern, und zum anderen (als illegitim betrachtete bzw. definierte) politische, wirtschaftliche und soziale Herrschaftsverhältnisse (v.a. solche der Ausbeutung, der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit) zu überwinden. ‚*Emancipatory politics*‘ meint wesentlich Politiken der ‚Befreiung von...‘, meint eben *emanzipatorisches* Handeln im weitesten Sinne.

‚*Life politics*‘ hingegen, die von Giddens als für eine reflexive Moderne symptomatisch veranschlagte Politikform, basiert wesentlich auf einer dergestalt wenigstens ansatzweise vollzogenen Emanzipation aus tradierten Bräuchen und Hierarchien und meint eine weitgehend ‚autonome‘ Alltagspolitik selbstverwirklichender Lebensführung und -gestaltung der Menschen unter den Bedingungen globaler Herausforderungen. Sie bezeichnet kulturelle Reaktionsformen auf neuartige Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten, wie sie für immer mehr Menschen entlang existen-

¹⁹ Vgl. dazu auch Koenen (1994); kritisch zu einigen Konsequenzen der Zivilgesellschaft: Heller (1994).

tieller Fragen anstehen. Diese existentiellen Fragen nach Geburt und Tod, nach dem Umgang mit dem eigenen Körper, nach Sexualität und Geschlechterverhältnissen, nach der Verantwortung für das Leben und für die Natur usw. erhalten unter den technisch-organisatorischen Bedingungen fortgeschrittener Industriegesellschaften eine neue Qualität: die damit verknüpften Probleme lassen sich weder hinsichtlich ihrer Genese noch hinsichtlich ihrer Konsequenzen weiterhin institutionell stillstellen oder ‚privatisieren‘. Sie werden vielmehr zu *dem* moralischen Themenkomplex des sozialen Lebens schlechthin und politisieren dieses dadurch in einem weiten Sinne (vgl. dazu auch Berger 1995).

7. Zur Politisierung des (Alltags-)Lebens

Fazit (und dieses Fazit beruht auf der – im ersten Teil dieses Beitrags hoffentlich hinlänglich geklärten – terminologischen Voraussetzung, daß man ‚das Politische‘ nicht reduziert auf einen institutionell bzw. organisatorisch ausgegrenzten Teilbereich des menschlichen Zusammenlebens, sondern daß man analytisch davon ausgeht, daß ‚politisch‘ vielmehr jene ‚Intensität‘ des Handelns bezeichnet, die aus dem diffusen Problem der (sozusagen mikroskopischen) Herstellung, Stabilisierung oder Veränderung sozialer Ordnung(en) schlechthin resultiert):

Gegenwärtig ‚politisiert‘ sich – für den institutionell bzw. systemisch fixierten Blick noch nahezu ‚unsichtbar‘ – das Alltagsleben der Menschen, bzw. es entfaltet sich und breitet sich das aus, was Ulrich Beck schon früh (1983: 51) „politischen Privatismus“ genannt hat. Damit ist gemeint, daß sich die Menschen zwar (wieder) politisch betätigen, daß sie dabei jedoch auf Distanz bleiben gegenüber den tradierten politischen Institutionen. Die Menschen machen symptomatischerweise also weniger ‚klassische‘ Bewegungspolitik, weniger zivilgesellschaftliche Politik und auch kaum eine (intellektualistische) ‚Antipolitik‘, wie sie etwa György Konrád (1985) beschrieben hat. Was sie betreiben ist eher eine – auf die zivilisatorischen Fundamente historischer Emanzipationserfolge ‚aufgesetzte‘ – skeptische und zugleich enthusiastische, ekstatische und zugleich nörglerische, biedersinnige und zugleich groteske, kurz: eine gegenüber den institutionalisierten Ritualen *subversive* Politik.²⁰

Allerorten im sozialen Raum – in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Rechtsprechung, der Medizin, der Medienöffentlichkeit, im Privatbereich, im Generationen- und Geschlechterverhältnis, in Interessen- und Berufsgruppen, in Bürgerinitiativen, in neuen sozialen Bewegungen usw. – findet Politik in diesem sowohl reflexiv-‚emanzipativen‘ als

auch anthropologisch-existentiellen Sinne statt (vgl. dazu auch Giddens, insbesondere 1991): im Sinne der Auseinandersetzungen um (das Finden von) Entscheidungen über (antagonistische) Partialinteressen sowie über Fragen des Alltagslebens und der individuellen Existenz.

Anders ausgedrückt: Die Gelegenheiten (und Notwendigkeiten) zu politischem Handeln für ‚Jedermann‘ vervielfältigen sich (vgl. Neckel 1993). Der Alltags-Akteur meldet sich zu Wort in der öffentlichen Auseinandersetzung um die lokal-globalen Konsequenzen einer technologisch und bürokratisch hypertrophierten Industriegesellschaft. Infolgedessen prallen nunmehr eben vielfältige Relevanzsysteme aufeinander.

Dabei geht es um ‚Verteilungskämpfe‘ aller Art: um materielle Güter, um Weltdeutungen, um Kollektiv-Identitäten, um Lebensgewohnheiten und -qualitäten, um soziale Räume, Zeiten und Ressourcen, um Gestaltungschancen, um Grundsatz- und Detailfragen. Und diese (zunehmend intoleranteren) Auseinandersetzungen, lassen sich eben auch kaum noch und immer weniger mit dem überkommenen klassifikatorischen Analyse-Raster von Links und Rechts, von progressiv und konservativ, von revolutionär und reaktionär, usw. fassen. *Eine* Konsequenz davon ist z.B., daß sich die – für die traditionelle Industriemoderne symptomatischen – harten, unausweichlichen und unauflösbaren Antagonismen zwischen sozialen Großgruppen auflösen in eine Vielzahl ‚kleiner‘, im alltäglichen Umgang aber sozusagen permanenter Querelen, Schikanen und Kompromisse, die sich zwangsläufig im Aufeinandertreffen und Aneinanderreiben dieser kulturell vielfältigen Orientierungsmöglichkeiten ergeben.²¹

Moralen insbesondere erscheinen als Angelegenheiten von zeitlich, räumlich und sozial je begrenzter Reichweite. Sie relativieren – jedenfalls prinzipiell – ihre Verbindlichkeit wechselseitig in dem Maße, in dem sie über öffentliche Diskurse als entscheidbar, als wählbar, als optionalisiert erkennbar werden. Es entsteht ein ‚Fleckenteppich‘ von nicht (jedenfalls nicht dauerhaft und nicht umfassend) hegemonialisierbaren Teilkonsensen. In der Konsequenz werden somit aus kleinen Lebens-Welten kleine Machtbereiche und Einflußzonen, aus privaten Existenzen werden individuelle Strategiezentren, aus stilisierten Milieubindungen und Gruppenzugehörigkeiten werden neotribalistische Distinktionskämpfe (vgl. dazu z.B. Hitzler 1994).

Aufgrund der (anthropologischen) Annahme, daß (zumindest) Menschen als aktive, kompetente Konstrukteure ihrer Wirklichkeit(en) zu begreifen sind, ergibt sich für eine politische Soziologie unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung somit vor allem anderen die Notwendigkeit, die neuerkannten und (wieder) genutzten Entscheidungs-

²⁰ Vgl. als empirisches Beispiel in diesem Sinne Hitzler/Pfadenhauer (1998; 1999).

²¹ Vgl. dazu Hitzler 1998, Hitzler/Milanés 1998.

räume der Individuen aufzuspüren und zu beschreiben und so die sich verändernden Verhältnisse von ‚Auferlegtheit‘ und ‚Freiwilligkeit‘, von ‚Eingelebtheit‘ und ‚Gestaltbarkeit‘, von ‚Implizitheit‘ und ‚Explizitheit‘ des sozialen Miteinander zu rekonstruieren. Und das heißt vor allem: Es stellt sich uns die Aufgabe, das Politische als Handlungsoption (und als Handlungsnotwendigkeit) *aus der Perspektive des ‚gemeinen‘ Alltagsakteurs* zu verstehen und zu reformulieren – und damit eben das politische Potential „des Andersmachens im Kleinen“ (Beck 1983: 65) sichtbar werden zu lassen.

Literatur

- Arendt, Hannah (1981): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München
 Arnim, Herbert von (1993): *Der Staat als Beute*. München
 Balandier, Georges (1976): *Politische Anthropologie*. München
 Beck, Ulrich (1983): *Jenseits von Stand und Klasse?* In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. (Sonderband der Sozialen Welt). Göttingen, S. 35-74
 Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.
 Beck, Ulrich (1988): *Gegengifte*. Frankfurt a.M.
 Beck, Ulrich (1991): *Politik in der Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.
 Beck, Ulrich (1992): *Die Renaissance des Politischen*. In: *Basler Magazin* 3, S. 6-7
 Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt a.M.
 Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1995): *Reflexive Modernisierung*. Frankfurt a.M.
 Beck, Ulrich/Hajer, Maarten A./Kesselring, Sven (1999) (Hrsg.): *Der unscharfe Ort der Politik*. Opladen
 Berger, Peter A. (1995): „Life politics“. In: *Leviathan*, Jg. 23, H. 3, S. 445-458
 Beyme, Klaus von (1993): *Die politische Klasse im Parteienstaat*. Frankfurt a.M.
 Claessens, Dieter (1989): *Heraustreten aus der Masse als Kulturarbeit*. In: Eder, Klaus (Hrsg.): *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis*. Frankfurt a.M. S. 303-340
 Corsten, Michael (1998) (Hrsg.): *Professionspolitik (Dokumentation des 3. Workshops des Arbeitskreises ‚Professionelles Handeln‘)*. Berlin (MPI für Bildungsforschung)
 Dörner, Andreas (1991): *Politische Sprache – Instrument und Institution der Politik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B.17, S. 3-11
 Dubiel, Helmut (1994): *Ungewißheit und Politik*. Frankfurt a.M.
 Dux, Günter (1992): *Macht (Sammelbesprechung)*. In: *Soziologische Revue*, Jg. 15, S. 153-159
 Flores d'Arcais, Paolo (1993): *Libertärer Existentialismus*. Frankfurt a.M.
 Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*. Berlin (Veröffentlichungsreihe der Abteilung ‚Öffentlichkeit und soziale Bewegung‘ des WZB, FS III S. 90-101)
 Giddens, Anthony (1991): *Modernity and Self-Identity*. Cambridge

- Giddens, Anthony (1993): *Tradition in der post-traditionalen Gesellschaft*. In: *Soziale Welt*, Jg. 44, H. 4, S. 445-485
 Goffman, Erving (1977): *Rahmen-Analyse*. Frankfurt a.M.
 Goffman, Erving (1981): *Geschlecht und Werbung*. Frankfurt a.M.
 Goffman, Erving (1994): *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt a.M./New York
 Goody, Esther (1991): *Warum die Macht recht haben muß. Bemerkungen zur Herrschaft eines Geschlechts über das andere*. In: Lüdtke, Alf (Hrsg.): *Herrschaft als soziale Praxis*. Göttingen, S. 67-112
 Gross, Peter (1994): *Die Multioptionengesellschaft*. Frankfurt a.M.
 Günthner, Susanne/Kotthoff, Helga (1991) (Hrsg.): *Von fremden Stimmen*. Frankfurt a.M.
 Heller, Agnes (1994): *Die Zerstörung der Privatsphäre durch die Zivilgesellschaft*. In: *Ästhetik & Kommunikation* („Im Dschungel der politisierten Gesellschaft“), Jg. 23, H. 85/86, S. 23-36
 Hitzler, Ronald (1992): *Der Goffmensch*. In: *Soziale Welt*, Jg. 43, H. 4, S. 449-461
 Hitzler, Ronald (1994): *Radikalisierte Praktiken der Distinktion. Zur Politisierung des Lebens in der Stadt*. In: Dangschat, Jens/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Lebensstile in den Städten*. Opladen, S. 47-58
 Hitzler, Ronald (1995): *Auf dem Weg in die ‚Strukturdemokratie‘*. In: *Kurswechsel* („Individualisierung und Politik“), H. 1, S. 34-41
 Hitzler, Ronald (1997a): *Politisches Wissen und politisches Handeln*. In: Lamnek, Siegfried (Hrsg.): *Soziologie und Politische Bildung*. Opladen, S. 115-132
 Hitzler, Ronald (1997b): *Der unberechenbare Bürger*. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt a.M., S. 175-194
 Hitzler, Ronald (1998): *Bedrohung und Bewältigung. Einige handlungstheoretisch triviale Bemerkungen zur Inszenierung ‚Innere Sicherheit‘*. In: Hitzler, Ronald/Peters, Helge (Hrsg.): *Inszenierung: Innere Sicherheit*. Opladen, S. 203-212
 Hitzler, Ronald (1999): *Wissenschaft und Politik als Problem*. In: *Soziologie (Mitteilungsblatt der DGS)*, H. 2, S. 55-60
 Hitzler, Ronald/Koenen, Elmar (1994): *Kehren die Individuen zurück?* In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt a.M., S. 447-465
 Hitzler, Ronald/Milanés, Alexander (1998): *Das Bürgertum schlägt zurück*. In: Reichertz, Jo (Hrsg.): *Die Wirklichkeit des Rechts*. Opladen, S. 172-188
 Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (1998): *Konsequenzen der Entgrenzung des Politischen. Existentielle Strategien am Beispiel ‚Techno‘*. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): *Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen*. Opladen, S. 165-179
 Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (1999): *„We are one different family“*. *Techno als Exempel der ‚anderen Politik‘*. In: Beck, Ulrich/Hajer, Maarten A./Kesselring, Sven (Hrsg.): *Der unscharfe Ort der Politik*. Opladen, S. 45-61
 Hobbes, Thomas (1976): *Leviathan*. Frankfurt a.M.
 Ichheiser, Gustav (1970): *Kritik des Erfolgs*. O.O.
 Käsler, Dirk (1991): *Der Skandal als Politisches Theater*. In: Käsler, Dirk et al.: *Der politische Skandal*. Opladen, S. 9-68
 Kramme, Rüdiger (1989): *Helmuth Plessner und Carl Schmitt*. Berlin

- Koenen, Elmar (1994): Von der zivilisierenden Gewalt der Verhältnisse. In: *Ästhetik & Kommunikation* („Im Dschungel der politisierten Gesellschaft“), Jg. 23, H. 85/86, S. 63-70
- Konrad, György (1985): *Antipolitik*. Frankfurt a.M.
- Krockow, Christian Graf von (1989): *Politik und menschliche Natur*. München
- Lauermann, Manfred (1989): *Die Macht des Sozialen*. Hannover
- Lauermann, Manfred (1994): Das Ende der Geschichte als heimliche Anthropologie oder: weitere Sätze zu Carl Schmitt und Helmuth Plessner. In: Friedrich, Jürgen/Westermann, Bernd (Hrsg.): *Unter offenem Horizont*. Frankfurt a.M./New York, S. 167-181
- Leif, Thomas/Legrand, Hans-Josef/Klein, Ansgar (1992) (Hrsg.): *Die politische Klasse in Deutschland*. Bonn
- Lenk, Kurt (1982): *Politische Soziologie*. Stuttgart
- Lipp, Wolfgang (1994): *Drama Kultur*. Berlin
- Luckmann, Thomas (1980): Über die Grenzen der Sozialwelt. In: Luckmann, Thomas: *Lebenswelt und Gesellschaft*. Paderborn, S. 56-92
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme*. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (1987): *Soziologische Aufklärung 4*. Opladen
- Luhmann, Niklas (1993): Das Volk steigt aus. In: *Die politische Meinung*. März, S. 91-94
- Machiavelli, Nicolo (1972): *Der Fürst*. Stuttgart
- Meyer, Thomas (1994): *Die Transformation des Politischen*. Frankfurt a.M.
- Neckel, Sighard (1993): *Die Macht der Unterscheidung*. Frankfurt a.M.
- Nedelmann, Birgitta (1990): Über die Offensivwirkung des Zuvielwissens: Politische Devianz. In: Oswald, Hans (Hrsg.): *Macht und Recht*. Opladen, S. 121-140
- Nedelmann, Birgitta (1994): Die Wiederentdeckung der Politischen Soziologie. In: *Soziologische Revue*, Jg. 17, H. 3, S. 265-271
- Palonen, Kari (1985): *Politik als Handlungsbegriff*. Helsinki
- Palonen, Kari (1995): Die jüngste Erfindung des Politischen. In: *Leviathan*, Jg. 23, H. 3, S. 417-436
- Patzelt, Werner (1987): *Grundlagen der Ethnomethodologie*. München
- Pfadenhauer, Michaela (1995): Zwischen Feminismus und Individualisierung – Subpolitische Aktivitäten von Frauen im Beruf. In: *Kurswechsel* („Individualisierung und Politik“), H. 1, S. 42-49
- Pfadenhauer, Michaela (1998): Das Problem zur Lösung. In: Willems, Herbert/Jurga, Martin (Hrsg.): *Inszenierungsgesellschaft*. Opladen, S. 291-304
- Plessner, Helmuth (1981a): Grenzen der Gemeinschaft. In: Plessner, Helmuth: *Gesammelte Schriften V*. Frankfurt a.M., S. 7-133
- Plessner, Helmuth (1981b): Macht und menschliche Natur. In: Plessner, Helmuth: *Gesammelte Schriften V*. Frankfurt a.M., S. 135-234
- Plessner, Helmuth (1981c): Die Emanzipation der Macht. In: Plessner, Helmuth: *Gesammelte Schriften V*. Frankfurt a.M., S. 261-282
- Popitz, Heinrich (1986): *Phänomene der Macht*. Tübingen
- Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute (1992): *Cliquen, Klüngel und Karrieren*. Reinbek
- Schmitt, Carl (1963): *Der Begriff des Politischen*. Berlin
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (1984): *Strukturen der Lebenswelt*. Bd. 2. Frankfurt a.M.

- Schwengel, Hermann (1994): Raum, Regime und Eliten. In: *Ästhetik & Kommunikation* („Im Dschungel der politisierten Gesellschaft“), Jg. 23, H. 85/86, S. 136-143
- Seaton, S. Lee/Claessen, Neri J.M. (1979) (Hrsg.): *Political Anthropology. The State of the Art*. The Hague
- Soeffner, Hans-Georg (1992): Geborgtes Charisma – Populistische Inszenierungen. In: Soeffner, Hans-Georg: *Die Ordnung der Rituale*. Frankfurt a.M., S. 157-176
- Soeffner, Hans-Georg (1997a): Erzwungene Ästhetik: Repräsentation, Zeremonieller und Ritual in der Politik. In: Wicke, Michael (Hrsg.): *Konfiguration lebensweltlicher Strukturphänomene*. Opladen, S. 229-251
- Soeffner, Hans-Georg (1997b): ‚Auf dem Rücken eines Tigers‘. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt a.M., S. 334-359
- Stammer, Otto (1972): *Politische Soziologie*. In: Bernsdorf, Wilhelm (Hrsg.): *Wörterbuch der Soziologie*, Bd. 3. Frankfurt a.M., S. 625-631
- Trotha, Trutz von (1994): *Koloniale Herrschaft*. Tübingen
- Weber, Max (1980): *Politik als Beruf*. In: Weber, Max: *Gesammelte politische Schriften*. Tübingen, S. 505-560